

Wiener Achterbahn

KOMMENTAR Die SPÖ hat aus Wien eine Metropole gemacht. Warum sie trotzdem um die Gunst der Wähler zittern muss. CHRISTOPH HOFINGER



Vor einem Vierteljahrhundert war Wien eine verschlafene, etwas zu groß angelegte Ansammlung oft sanierungsbedürftiger Häuser am Rande Europas, die sich – nachdem sie um 1900 ja schon einmal die sechstgrößte Stadt der Welt war – fragte, ob sie jemals wieder eine Metropole

werden würde.

Und heute? Die in Studien gemessene Gehgeschwindigkeit auf den Straßen Wiens ist höher als in London. Das kaufkraftbereinigte Bruttoregionalprodukt pro Kopf liegt höher als in München und im Großraum Paris. Die Zahl der Unternehmensgründungen hat sich in den vergangenen zehn Jahren auf jährlich 8300 fast verdoppelt. Fünf Prozent Bevölkerungszuwachs werden bis 2015 erwartet. Aus den ländlichen Regionen ziehen jährlich tausende Bildungswillige nach Wien. Das hat natürlich auch mit dem seit Ende der 80er-Jahre wieder stärkeren Zuzug aus dem Ausland zu tun: Ziemlich genau die Hälfte der Erstklassler hat eine andere Muttersprache als Deutsch (wobei laut Stadtschulrat nur ein Teil davon nicht ausreichend Deutsch kann, und der andere Teil durch seine Zweisprachigkeit sogar einen Vorteil hätte).

Wien ist eines der dynamischsten Zentren des Kontinents geworden – wohlhabender, internationaler, jünger und schneller. Und das bei einer Lebensqualität, die Wien in allen Rankings Stockerlplätze erklimmen lässt. Die Kommunalpolitik hat an dieser Entwicklung Anteil, indem sie ökonomische Dynamik, Bildung und Lebensqualität als vereinende Ziele im Auge behalten hat.

Die nächsten Gemeinderatswahlen könnten, wenn sich der Abwärtstrend, der sich in aktuell kursierenden Umfragen zeigt, nicht ändert, trotzdem

einen schweren Dämpfer für die seit dem Zweiten Weltkrieg (bis auf fünf Jahre Unterbrechung mit absoluter Mehrheit) regierende SPÖ bringen. Ungerecht? Paradox? Nur auf den ersten Blick.

Klar gibt es den bösen „Bundestrend“, der die sozialdemokratischen Landesparteien zu Prügeln macht, solange sich die Unzufriedenheit mit der holprigen Koalitionsarbeit der Bundesregierung nicht an die eigentlichen Adressaten wenden kann. Aber das allein kann es nicht sein.

Wenn die SPÖ halbwegs an ihren Wahlerfolg von 2005 anschließen will, dann wird es ihr nicht dadurch gelingen, dass sie die Wähler bittet, sich für die gute Arbeit der vergangenen Jahre zu bedanken. Das funktioniert nicht. Die ÖVP hat so 2006 die Kanzlerschaft verspielt.

Bei Wahlen zählt die Vergangenheit nun einmal fast nichts. Sie hat nur eine Funktion: Parteien können daraus die Glaubwürdigkeit gewinnen, dass sie ihre Zukunftsagenda auch wirklich „derheben“ können. Relevant ist aber im Kern, ob das Wahlvolk diese Zukunftsagenda erstens sieht und zweitens gutheißt.

Aber was will die SPÖ ab 2010 mit Wien machen? Mein Einstieg in die Sozialwissenschaft bestand in der Mitarbeit an der großangelegten Studie „Wien 2010“, in der sich die Stadtverwaltung bereits knapp vor dem Fall des Eisernen Vorhangs mit Entwicklungen der kommenden 20 Jahre befasste. Ich war beeindruckt, auf welch hohem Niveau sich Forscher und Entscheidungsträger mit den großen Entwicklungspfaden einer Stadt auseinandersetzen. Aber während die Verwaltung sich durchaus mit weitsichtiger Gestaltung der Metropole beschäftigte, hat man das den Bürgern lieber nicht so genau gesagt. Der Leitspruch „Wien ist anders“ vermittelte manchen viel-

leicht sogar das Gegenteil („wir müssen nicht jeden modernen Trend mitmachen“), und die aktuelle Linie (siehe Artikel von Jan Tabor im *Falter* 24/08 zum Thema Außendarstellung der Stadt) kommuniziert zwar die Vielfalt einer Stadt, fasst diese aber nicht zu einer zentralen Botschaft zusammen. Die SPÖ Wien hat 1000 Visionen für die Stadt erarbeitet, aber wenn die Leitidee fehlt, sind es in der politischen Kommunikation 999 zu viel.

Die zentralen Linien sind wahlentscheidend. Debatten über vermeintliche oder echte Missstände und Planungsfehler, wie in der Psychiatrie oder bei der Pratergestaltung, werden erst dann die Wahlergebnisse prägen, wenn sie die Grundstimmung des Wahlvolks repräsentieren. Solange dies nicht der Fall ist, geht es weniger um Verwaltungsspannen: die Wiener erleben eine teilweise rasante Modernisierung – und bekommen es mit der Angst zu tun, wenn sie das Gefühl haben, diese Dynamik sei der Politik einfach passiert, und vor allem wenn ihnen nicht klar ist, wie diese Dynamik weitergehen soll: Wird die Zahl der Jobs oder der Jobsuchenden in den nächsten Jahren stärker steigen? War's das jetzt mit der Zuwanderung, oder wird Wien so heterogen wie Toronto? Fressen Inflation und steigende Kreditzinsen mein Einkommen auf und muss ich daher mein Haushaltsbudget stutzen? Kann ich mein Kind noch in öffentliche Schulen schicken, und bekomme ich eine hochwertige Nachmittagsbetreuung, um ganztags arbeiten zu können?

Auch wenn es in zahlreichen kommunalen Bereichen Entwicklungspläne gibt, fehlt noch die umfassende Erzählung, der Blick aufs Ganze – ein Modernisierungsleitbild. Um in den kommenden Wahlen nicht eine Schlappe einzufahren, hat die Wiener SPÖ genau eine Chance: auch in der Kommunikation anzuerkennen, dass sich die moderne urbane Gesellschaft oft mehr im Achterbahn-, denn im Riesenradtempo entwickelt; und zu vermitteln, dass die regierende Stadtpartei eine – zwar nicht naive, aber im Kern optimistische – Vorstellung hat, wie Wien bis 2030 gestalterisch damit umgeht. Personelle Änderungen in Bundespartei und -regierung werden die Kohlen nicht aus dem Feuer holen.

Christoph Hofinger ist Sozialforscher und Geschäftsführer des SORA-Instituts in Wien.